



Cameron statt Churchill

Die westlichen Demokratien produzieren kaum mehr herausragende Politiker, obwohl sie solche unter dem Druck erfolgreich agierender Autokratien dringend brauchten. In der Arena, in der einst Roosevelt, Churchill, de Gaulle oder Adenauer epochale Geschichte machten, stolpern heute Cameron, Hollande und Trump herum. Gastkommentar von Stephan Bierling

Europa und die Vereinigten Staaten stehen unter Druck wie seit Jahrzehnten nicht mehr: China und Russland fordern die liberale Weltordnung heraus und brechen das Völkerrecht, die Türkei driftet in Richtung Diktatur, Syriens Bashar al-Asad und Nordkoreas Kim Jong Un verhöhnen mit Giftgas-einsätzen und Nukleartests zivilisatorische Errungenschaften. Und der Westen zerlegt sich selbst – nicht nur, aber auch wegen seines überforderten Führungspersonals.

In Zeiten, in denen die Europäer und Amerikaner einen Roosevelt, Churchill, de Gaulle oder Adenauer brauchen würden, bekommen sie Cameron, Hollande und Trump. Die amerikanischen und die französischen Präsidentschaftswahlen haben drastisch vor Augen geführt, wie dünn die Personaldecke für das höchste Staatsamt selbst in alten Demokratien ist. Es gibt drei Hauptgründe, warum politische Führungspersönlichkeiten so selten geworden sind im Westen: Sozialisation, Selektion und Technologie.

Der erste: Fast alle aktiven Politiker verfügen über völlig andere Erfahrungen als ihre Vorgänger. Wer Weltkriege miterlebte, die Grosse Depression oder den Nationalsozialismus, wer Freiheit und Demokratie gegen Hitler und Stalin verteidigte, wer Demokratien aus der Asche des schrecklichsten Konflikts der Geschichte errichtete, musste den Blick auf die existenziellen Herausforderungen lenken. Es waren dramatische Zeiten, die Vollblutpolitiker wie Roosevelt und Co. gebaren, und es waren epochale Fragen, die sie zu entscheiden hatten.

Verschwimmende Konturen

Die meisten heutigen Staats- und Regierungschefs dagegen wurden in Gemeinwesen sozialisiert, die stabil, geordnet und sicher sind, aber auch bürokratisch und hedonistisch. Zugleich differenzieren sich die modernen Gesellschaften immer mehr aus: Die klaren Konfliktlinien zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Kirche und Staat, zwischen Links und Rechts verschwimmen, neue soziale Milieus formieren sich, das Parteiensystem zersplittert. Das

Der Westen zerlegt sich selbst – nicht nur, aber auch wegen seines überforderten Führungspersonals.

alles stärkt individuelle Freiheit und erhöht die Vielfalt. Es erschwert jedoch jedes «Durchregieren», wie es die deutsche Kanzlerin Angela Merkel einmal genannt hat.

Solche Bedingungen sind die Nährsuppe für Pragmatiker und Opportunisten. Kraftvolle politische Gestalten haben in diesen Zeiten keine Konjunktur. Wo Freiheit, Demokratie und Frieden selbstverständlich sind, wo Selfie, Körperkult und Infantilität dominieren, braucht es keine Leidenschaft und keine Vision – die wichtigsten Merkmale einer politischen Führungspersönlichkeit. Nicht umsonst wuchsen die Politiker, die sich seit dem Ende des Kalten Kriegs am stärksten für die Freiheit einsetzten, in kommunistischen Diktaturen auf: der tschechische Präsident Václav Havel, der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck und Kanzlerin Merkel.

Der zweite Grund: Die Auswahl des politischen Personals hat sich dramatisch verändert in den vergangenen fünfzig Jahren. Führungsfiguren, die über Erfahrung ausserhalb der Politik verfügen, sind rar geworden. Ein Drittel des Deutschen Bundestags sind Beamte und Angestellte. Unternehmer, Selbständige oder Arbeiter findet man dort kaum. Vor allem nimmt die Zahl der Politikkarrieristen rapide zu. Fast zwanzig Prozent der deutschen Parlamentarier haben zuvor für Partei, Fraktion, Abgeordnete, politische Stiftungen oder Gewerkschaften gearbeitet. Im amerikanischen Kongress nimmt diese Gruppe schon fast ein Drittel der Sitze ein.

Nicht alle haben Sitzfleisch

Heute macht man politische Karriere über jahrzehntelange Parteiarbeit, dient sich von Posten zu Posten nach oben, bis man durch Strebsamkeit, Sitzfleisch und Seilschaften in die höchsten Ämter gelangt. Für die kreativsten Köpfe ist eine solche Laufbahn unattraktiv, nicht zuletzt wegen der schlechten Bezahlung. Sie gründen lieber Unternehmen oder werden Manager, Anwälte und Ärzte. Wer heute die Welt verändern will, geht nicht in die Politik, sondern ins Silicon Valley. Steve Jobs von Apple, Jeff Bezos von Amazon, Sergey

Brin und Larry Page von Google, Mark Zuckerberg von Facebook und Elon Musk von Tesla prägen die Gesellschaften stärker, als jeder Politiker es könnte.

Wechselten erfolgreiche Unternehmer früher oft in die Politik, ist es heute andersherum. Viele Politiker scheinen ihren Beruf als Durchlauferhitze für lukrative Wirtschaftsjobs zu betrachten. Kanzler Gerhard Schröder verdingte sich gleich nach seinem Machtverlust bei der russischen Gazprom, Bill Clinton und Tony Blair scheffelten nach ihrer Politikkarriere Millionen als Redner und Berater, obwohl ihre ganze Prominenz auf einem öffentlichen Wahlamt beruhte.

Andere sahen schon während ihrer Amtszeit ab durch hochdotierte Vorträge, Aufsichtsratsjobs, scheinbeschäftigte Verwandte. François Fillon ist wohl nur deshalb nicht Präsident Frankreichs geworden, weil im Wahlkampf herauskam, dass er als Abgeordneter Frau und Kindern fast eine Million Euro an Staatsgeldern zuschusterte für Jobs, die sie nicht machten. Das wäre bei ihren Vorgängern unvorstellbar gewesen: Sie lebten für die Politik, sie starben oft im Amt, sie schrieben anspruchsvolle Memoiren, sie wirkten als Gewissen der Nation.

Die neuen Profipolitiker sind extrem gut darin, Ämter zu gewinnen und Koalitionen zu schmieden. Aber sie sind Mechaniker der Macht und haben nur taktisch, selten strategisch zu denken gelernt. Manche setzen aus persönlichen Machtinteressen sogar das Erbe der Gründergeneration leichtfertig aufs Spiel. Die beiden eklatantesten Beispiele: Frankreichs Präsident Jacques Chirac wollte 2005 mit einem Referendum über den EU-Verfassungsvertrag die linke Opposition spalten und stürzte stattdessen die Union in eine tiefe Krise. 2016 übertrumpfte ihn der britische Premierminister David Cameron noch an eigensüchtigem Hasardspiel, als er aus innerparteilichem Kalkül ein Plebiszit über den Brexit ansetzte. Der Rest ist bekannt: Nachdem er sein Land und die EU aufs Schwerste beschädigt hatte, verabschiedete er sich aus der Politik.

Der dritte Grund, warum das Führungspersonal so austauschbar geworden ist, liegt in der Entwicklung der modernen Medien. Politiker gehören heute zu den am stärksten überwachten Berufsgruppen. Keine Ortsversammlung, kein Bürgergespräch, kein Parteitreffen, in dem nicht eine gezückte Handy-Kamera ihre Äusserungen aufzeichnet und für alle Zeiten im World Wide Web archiviert. Im US-Wahlkampf 2008 etwa schickten die Demokraten Parteikandidaten mit Kameras zu Veranstaltungen der republikanischen Präsidentschaftskandidaten, um verbale Ausrutscher zu dokumentieren und öffentlich auszuschlachten.

Der vereinsamte Wähler

Die Folge: Spontaneität, Formulierungslust, Ironie, Originalität werden zum Risiko, aus Angst sprechen Politiker noch öfter in Phrasen als ohnehin schon. Kaum eine Rede kommt mehr ohne «nachhaltig», «zukunftsfähig», «sozial gerecht» oder ähnliche Worthülsen aus. Gleichzeitig löst die angebliche Anonymität des Internets viele Hemmschwellen. Politiker werden in Lesercommentaren, Blogs und sozialen Netzwerken verunglimpft, beschimpft, bedroht. Im Jahr 2014 ergab eine weltweite Umfrage, dass Politiker unter allen Berufsgruppen den schlechtesten Ruf haben. Angesichts dieses rauen Umfelds ist es kein Wunder, dass sich immer weniger Leistungsträger für eine politische Laufbahn entscheiden.

In ruhigen Zeiten ist der Mangel an politischen Führungspersönlichkeiten in den Staaten des Westens kein grosses Problem. Vollblutpolitiker benötigen sie dann nicht, es reichen Verwalter der Macht. Aber heute, wo Demokratie, Freiheit und Frieden gefährdet sind, wo Automatisierung, Robotik und künstliche Intelligenz die Arbeitswelt revolutionieren, wo Parteien ihre weltanschauliche Bindewirkung verlieren und Stammwähler aussterben, sind charismatische Politiker nötiger denn je. Allein sie können die schalen Rezepte der Populisten entlarven, die verunsicherten Bürger vom Wert der Demokratie überzeugen und den Westen im Kampf gegen seine Feinde zusammenhalten.

Weil Führungsfiguren in der politischen Klasse kaum mehr zu finden sind, suchen sie viele Wähler ausserhalb. Einen besonderen Reiz üben dabei Geschäftsleute aus, die für Erfolg, Kompetenz und Entscheidungsfreude stehen. Die demokratischen Parteien bemühen sich bis anhin viel zu wenig darum, Hochkaräter aus Wirtschaft und Gesellschaft als Seiteneinsteiger für politische Toppositionen zu gewinnen. Im besten Fall erfüllen liberale Aussen-seiter wie Barack Obama oder Emmanuel Macron den Wunsch der Bürger nach unverbrauchten, authentischen Persönlichkeiten. Im schlimmsten stossen autoritäre Narzissten wie Silvio Berlusconi oder Donald Trump mit ihrer Verschmelzung von Fakt und Fiktion, von Wahrheit und Lüge, von öffentlichem und privatem Interesse in dieses von den etablierten Parteien geschaffene Vakuum.

Vielleicht bedarf es erst wieder schwieriger Zeiten, damit sich die Besten, Klügsten und Ehrenwertesten dazu entscheiden, Politik zu ihrem Beruf zu machen.

Stephan Bierling lehrt internationale Politik an der Universität Regensburg.